

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version
Die Zauberlehrlinge

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1975) : Die Zauberlehrlinge, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 8, pp. 380-381

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134843>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die Zauberlehrlinge

*„Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
werd' ich nun nicht los!“*

Johann Wolfgang von Goethe

Immer noch nicht haben es unsere Politiker gelernt, die Geister zu bannen, die sie selbst vor mehr als zwei Jahrzehnten ins Leben riefen und von denen sie sich seitdem in wachsendem Maße beherrschen lassen: Die Geister zu hoher Erwartungen und falscher Ansprüche.

Der politische Zweckoptimismus, um der Wählerstimmen willen mehr zu versprechen, als auf die Dauer gehalten werden kann, der diesen Zirkel in Gang hält, blieb dank des wirtschaftlichen Wachstums lange Zeit ungestraft. Dabei blieb meist unbemerkt, daß dieser Wachstumsprozeß mit dem rücksichtslosen Abbau von Umweltqualitäten und infolge von Vernachlässigung einer zukunftsgerichteten Infrastruktur zum Teil auf Kosten der Substanz produktiver Kräfte, d. h. auf Kosten der Zukunft ging. Auch blieb geflissentlich unbeachtet, wie sehr der eigene Lebensstandard von fremdbestimmten Kräften abhängig wird, wenn die wirtschaftliche Entwicklung wie bei uns auf internationaler Arbeitsteilung beruht.

Da der „mündige Bürger“ über diese labilen Grundlagen seines Wohlstandes nie aufgeklärt wurde, wuchsen mit der Gewöhnung an den steigenden Lebensstandard seine Ansprüche, denen nun wiederum die Politiker entsprechen zu müssen glaubten. An diesem Stil änderte sich auch nichts, als mit der sozialliberalen Regierung kostspielige Reformen eingeleitet wurden, mit denen zwar endlich ein lang aufgestauter Nachholbedarf ins Auge gefaßt wurde, die sich aber aus verschiedenen Gründen meist als Fehlreformen herausstellen mußten.

Der Wähler aber wurde weiterhin in dem Glauben gelassen, davon bliebe sein privates Realeinkommen unberührt. Erst nach der Ölkrise machte der „Kluncker-Effekt“, den die ÖTV auf Kosten des damaligen Bundeskanzlers erzielte, die Wahrheit offensichtlich, indem er die Finanzmisere des Staates für alle sichtbar einleitete.

Nun erst stellte sich heraus, daß man überall die Grenzen des Möglichen bei dem Versuch, den Sozialstaat zu perfektionieren, außer acht gelassen hatte. Der Mißbrauch der sozialen Errungenschaften mußte jedoch bei schwindenden Staatseinnahmen und wachsender Arbeitslosigkeit schnell untragbar werden. An die Stelle der alten sozialen Frage, wie man die „Ausbeutung der ohnmächtigen Vielen durch die mächtigen Wenigen“ bekämpfen kann, war über Nacht die neue getreten, wie die „Ausbeutung aller durch alle“ zu verhindern ist. Wie Goethes Zauberlehrling waren Regierung und Opposition Gefangene ihrer eigenen Taten und Versäumnisse geworden; Gefangene, die auch bei wachsender Not nicht mehr über das rechte Wort und über die rechte Tat gegenüber mündigen Staats- und Wirtschaftsbürgern verfügten, um das die Not Wendende durchsetzen zu können.

In einem Lande, in dem man es bisher geschehen ließ, daß derjenige der Dumme ist, der keine Forderungen stellt oder gar von sich aus freiwillig Verzicht leistet, kann man auch von Mündigen nicht erwarten, daß sie freiwillig Positionen aufgeben. Nur wenn von der politischen Führung die Einsicht in das an Lasten leistungs- und funktionsgerecht Notwendige nicht mehr vorenthalten wird, ist den Bürgern zuzumuten, das für die Existenz aller Erforderliche auf sich zu nehmen. Sie müssen allerdings auch wissen, daß die politischen Instanzen hier das letzte Wort zu sprechen bereit und fähig sind.

Bis heute ist bei den dafür legitimierten Politikern von dem erforderlichen Mut, die politische Führungsmacht wahrzunehmen, noch wenig zu spüren. Noch ehe man mit der unvermeidlichen Rationalisierung der Sozialausgaben begonnen hat, werden bereits politische Bedenken laut, ob man nicht dadurch gerade jene Gelassenheit gefährden könnte, mit der bisher unsere Bundesbürger – im Gegensatz zur Reaktion in anderen Ländern – die Wirtschaftsmisere und Arbeitslosigkeit hingenommen hätten. Auch der Hinweis einiger Politiker in Bund und Ländern, daß man als Zwischenlösung Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit bekämpfen könne, jedoch für Arbeitszeitverkürzung in der gegenwärtigen Situation kein Lohnausgleich möglich sei, kann nicht glaubhaft wirken, solange er so verschämt vorsichtig wie bisher geäußert wird. Die Gewerkschaften wollen jedenfalls von einem Verzicht der Lohn- und Gehaltsempfänger nach wie vor nichts wissen. Sie sind allenfalls bereit, von Reallohnsteigerungen abzusehen, und das auch nur vorübergehend. Fast scheint es so, als seien sie zu auf Gruppenkampf fixierten Marionetten geworden, die auch in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der Regierung nur zu ihrem alten Droh- und Renommiergehabe aus den Lohnkämpfen fähig sind. „Die Regierung muß ausgereizt werden!“, so Heinz-Oskar Vetter in einem Spiegel-Interview. Und der Bundeskanzler wird geladen, seine Politik vor den „höchsten Gremien“ des DGB am 2. September zu rechtfertigen. Was wird damit bezweckt? Will der DGB-Vorsitzende demonstrieren, daß wir doch in einem Gewerkschaftsstaat leben? Oder will er dem Bundeskanzler die Möglichkeit geben, in einem öffentlichen Gespräch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund die Konturen einer realistischen Konjunktur- und Strukturpolitik noch deutlicher als bisher zu umreißen, deren unvermeidliche Konsequenzen dann auch die Gewerkschaften voll und ganz mit zu tragen bereit sind? Der Bundeskanzler wird wissen, daß dies kein Canossa-Gang werden darf, sondern daß sich hier entscheiden wird, ob er der Meister ist, jene Geister zu bannen, mit denen die Zauberlehrlinge in allen Parteien bisher nicht fertig geworden sind.

Mut und Geschick des Bundeskanzlers sind erforderlich, einen Gesundungsprozeß von Staat und Gesellschaft einzuleiten. Für dessen Durchsetzung reichen sie allein jedoch nicht aus. Dazu wird in Zukunft vor allem zweierlei vonnöten sein: eine loyale, d. h. systemkonforme Zusammenarbeit von Regierung und Opposition und die Möglichkeit der Wähler, zwischen eindeutig strukturierten Parteien zu entscheiden.

Die loyale Zusammenarbeit läge in einem gemeinsamen Bekenntnis der Parteien zu einer realistischen Politik. Das würde bedeuten, daß alle vor jeder politischen Entscheidung weniger deren Vorteilhaftigkeit für einzelne Gruppen, als vor allem überprüfen, wie sich diese Entscheidung langfristig auf die Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft und die Funktionsfähigkeit und Bereitschaft ihrer einzelnen Mitglieder auswirkt. Zwar haben für uns Staat und Gesellschaft keinen Eigenwert, sondern beziehen ihre Bedeutung erst aus ihrer Fähigkeit, allen ihren Mitgliedern ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu garantieren. Gerade eine solche Garantie verlangt aber, die Existenzbedingungen von Staat und Gesellschaft nicht um kurzfristiger Vorteile einiger oder aller willen hintenanzusetzen.

Die Eindeutigkeit der Parteienstruktur würde verlangen, daß die Parteien in Zukunft darauf verzichten, wie bisher unvereinbare Gegensätze in sich zu vereinigen. Heute weiß kein Wähler, welche Zukunft er eigentlich mit der einzelnen Partei wählt; denn heute sind die ideologischen Gegensätze innerhalb der Parteien größer als zwischen den Flügeln verschiedener Parteien. Das gilt nicht nur für die SPD/FDP, sondern auch für die CDU/CSU. Würde die CSU sich entschließen können, zur konservativen Partei auf Bundesebene zu werden, so wäre dadurch viel Klarheit für den Wähler geschaffen; und auch die übrigen Parteien wären gezwungen, von ihrer irreführenden Vieldeutigkeit zu lassen.